
Marcel Helbig & Norbert Sendzik

Herausforderungen und Lösungsansätze der kommunalen Bildungsplanung

Ein Interview mit den Dezernent*innen

Monika Nienaber-Willaredt, Vicki Felthaus und Dirk Grunert

Zusammenfassung

Im Interview mit Monika Nienaber-Willaredt, Vicki Felthaus und Dirk Grunert werden aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze der kommunalen Bildungsplanung in Dortmund, Leipzig und Mannheim diskutiert. Zentrale Themen sind der Ausbau von Ganztagschulen, die Sanierung und der Neubau von Schulgebäuden, der Umgang mit sozialräumlichen Bildungsungleichheiten und die Frage, ob und wie das Startchancen-Programm eine wichtige Unterstützung bieten kann. Das Interview wurde von Marcel Helbig und Norbert Sendzik für die DDS – Die Deutsche Schule geführt und redigiert.

Schlüsselwörter: Ganztagschule; Schulneubau; Schulbausanierung; Bildung; Ungleichheit; Evaluation; Kommunalverwaltung; Bildungsplanung; Bedarfsorientierung; Ressourcenallokation; Startchancen-Programm

Challenges and Solutions for Municipal Education Planning.

An Interview with Department Heads Monika Nienaber-Willaredt, Vicki Felthaus, and Dirk Grunert

Abstract

In this interview, Monika Nienaber-Willaredt, Vicki Felthaus and Dirk Grunert discuss the current challenges and possible solutions for municipal education planning in Dortmund, Leipzig and Mannheim. Key topics include expanding all-day schools, renovating and constructing school buildings, addressing socio-spatial educational inequalities, and exploring how the Startchancen program can offer valuable support. The interview was conducted and edited by Marcel Helbig and Norbert Sendzik for DDS – Die Deutsche Schule.

Keywords: all-day school; new school building; school renovation; education; inequality; evaluation; municipal administration; education planning; needs orientation; resource allocation; Startchancen program

Die Städte Dortmund, Leipzig und Mannheim stehen exemplarisch für aktuelle Herausforderungen der kommunalen Bildungsplanung von Großstädten – von der dringend notwendigen Modernisierung der Schulinfrastruktur bis hin zur zunehmenden sozialräumli-

chen Segregation, womit eine ungleiche Verteilung von Bildungschancen einhergeht. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen kann das von Bund und Ländern initiierte und mit Beginn des Schuljahres 2024/25 angelaufene Startchancen-Programm eine zentrale Rolle einnehmen. Allerdings spielen Kommunen in der öffentlichen Debatte zu diesem frühen Zeitpunkt der Programmumsetzung bislang nur eine untergeordnete Rolle – und das, obwohl das Programm zentrale kommunale Zuständigkeitsbereiche berührt. Hinzu kommt, dass Städte wie Dortmund, Leipzig und Mannheim über Jahre hinweg – oft aus der Not heraus – Erfahrungen mit einer bedarfsorientierten Ressourcensteuerung gesammelt haben. Diese Beobachtungen waren Anlass, einmal direkt die zuständigen Dezerent*innen Monika Nienaber-Willaredt (Dortmund), Vicki Felthaus (Leipzig) und Dirk Grunert (Mannheim) um ihre Einschätzungen zu bitten. Das nachfolgende Interview fand am 31. Januar 2025 statt.

DDS: Wo sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen in Ihrer Stadt bezogen auf die Gestaltung und Weiterentwicklung von Schulen und von Bildung?

Grunert (Mannheim): Also erstmal sind wir natürlich gerade gefordert durch die finanzielle Situation der Kommune, die alle wichtigen Entwicklungen ein Stück weit infrage stellt, sodass wir uns fragen: Wie weit können wir sie jetzt angehen? Wie weit müssen wir sie strecken oder Sachen abmelden? Die größte Herausforderung für uns im schulischen Bildungsbereich ist der Ausbau von Ganztagsgrundschulen. Wir haben grundsätzlich vor, den Rechtsanspruch schnellstmöglich zu erfüllen. Wir haben als Stadt entschieden, dass wir ihn hauptsächlich durch verbindliche Ganztagsgrundschulen erfüllen wollen, da sie aus unserer Sicht das qualitativ hochwertigere Angebot darstellen.

Nienaber-Willaredt (Dortmund): Ich kann da gern anschließen. Das ist bei uns vergleichbar. Die finanzielle Situation ist auch in Dortmund schwierig. Und bei uns ist auch der Ganztagsausbau ein ganz wesentlicher Aspekt. Und da ab dem Schuljahr 2026/27 ein Rechtsanspruch besteht, gibt es auch keine andere Möglichkeit. Wir schaffen es zeitlich nicht, jede Schule unseren Qualitätsansprüchen entsprechend auszubauen. Die Umsetzung wird dementsprechend so aussehen, dass Räumlichkeiten der Schulen so weit wie möglich multifunktional genutzt werden. Zudem gehen wir in den Sozialraum und prüfen, ob es dort Möglichkeiten gibt, ergänzende Räume zu schaffen. Auch die Verköstigung stellt ein großes Problem dar. Neben dem Ganztagsausbau ist insgesamt der Ausbau der Schulen und der Kitas, der gesamten Bildungsinfrastruktur, in einer wachsenden Stadt wie Dortmund eine große Herausforderung. Da wir nicht so schnell bauen können, wie wir wollen, hat dies wiederum Folgen für den Sanierungsstau an anderen Schulen, der die dritte große Herausforderung darstellt. Bei all diesen Aufgaben im Rahmen der Bildungsinfrastruktur weiß man oft nicht, wie priorisiert werden soll. Klar, wir brauchen neue Schulplätze, aber wir wollen auch nicht, dass es durchregnet.

DDS: Frau Felthaus, wie ist die Situation in Leipzig?

Felthaus (Leipzig): Bei uns ist es ein wenig anders als in Mannheim und Dortmund. Wir haben genügend Kitaplätze gebaut und können jedem Kind einen Neun-Stunden-Platz anbieten – auch im Hort, also in der Grundschule am Nachmittag. Eine unserer Herausforderungen ähnelt aber der Situation, wie sie für Dortmund beschrieben wurde: Der Sanierungsstau bei den alten Gebäuden. Wir haben sehr viele alte DDR-Kitas und -Schu-

len, also Plattenbauten aus DDR-Zeiten, die saniert werden müssen. Wir haben seit zwei Jahren eine Schul- und Kitabaustategie, um die Sanierungsabläufe in Schulen und Kitas zu sortieren. Wir haben dafür in den letzten zwei Jahren je 200 Millionen Euro ausgeben können. Leipzig hat gute Steuereinnahmen und wir hatten die außergewöhnliche Situation, dass wir es mit dem Land Sachsen geschafft haben, angemessene Schulbaufördermittel zu erhalten. Die Situation verändert sich nun jedoch grundlegend, denn die Baukostensteigerung der letzten Jahre lag kumuliert bei ungefähr 35 Prozent. Daher mussten wir da aktuell leider ein wenig bremsen. Das ändert aber nichts daran, dass ein Drittel unseres Gebäudebestandes dringend sanierungsbedürftig ist. Man muss aber auch sagen, dass ein Drittel des Gebäudebestandes neu gebaut und saniert ist und alles andere liegt so dazwischen. Darüber hinaus sind wir als Stadt sehr schnell gewachsen. Konkret sind wir innerhalb von zehn Jahren um 100.000 Menschen angewachsen. Das war für die komplette städtische Infrastruktur eine ganz schöne Hausnummer. Es war ziemlich schwer, mit der Menge an Menschen umzugehen, die in die Kitas und Schulen geströmt sind. Das war zehn Jahre lang eine schwierige Situation, der wir uns aber gut widmen konnten, weil wir bei uns im Stadtrat und aufgrund von Steuereinnahmen eine wirklich gute Entwicklung hinter uns haben. Ich bin aber auch froh, dass aktuell die Kinderzahlen nicht weiter zunehmen. Eine weitere Herausforderung sind die zunehmenden sozialräumlichen Ungleichheiten in der Stadt. Wir haben Stadtviertel, die sich entmischt haben. Das hatten wir vor 20 Jahren so noch nicht.

***DDS:** Da in fast allen drei Kommunen sowohl der Ganztagschulausbau als auch die Sanierung sowie der Neu- und Umbau von Schulgebäuden die größten Herausforderungen im Schulbereich sind: Wie passen die bestehenden Planungen und Prozesse mit der Säule I des Startchancen-Programms zusammen, in deren Rahmen bauliche Investitionen vor allem an sozial benachteiligten Schulen vorgesehen sind? Sind die Schulen mit den größten Sanierungs- und Umbaubeurteilen zumindest auch die Schulen, die für das Startchancen-Programm ausgewählt wurden oder noch werden? Und wie sieht es insgesamt mit den Planungs- und Baukapazitäten in Ihrer Stadt aus? Können die Kommunen den zusätzlichen Planungsaufwand leisten?*

Grunert (Mannheim): Das Startchancen-Programm ist für uns eine relevante Hilfe. Es könnte aber noch größer sein. Wir stehen als Stadt in Baden-Württemberg tatsächlich auf Platz zwei bei den Städten und Landkreisen mit den meisten Startchancen-Schulen. In der ersten Auswahlrunde für das Schuljahr 2024/2025 wurden 30 von knapp 80 Schulen in unserer Stadt in das Startchancen-Programm aufgenommen. In der zweiten Auswahlrunde für das Schuljahr 2025/2026 werden wohl noch einmal welche dazukommen. Aber das wissen wir erst in ein paar Wochen. Wir haben jetzt für die Säule I einen Betrag von 38 Millionen Euro für diese 30 Schulen über die zehn Jahre genannt bekommen. Das ist natürlich eine relevante Zahl. Das sind aber nur 70 Prozent des Budgets, da wir noch 30 Prozent Eigenanteil obendrauf packen müssen. Man muss es aber ins Verhältnis setzen. Wir sind gerade dabei, eine vierzügige Ganztagesgrundschule neu zu bauen und eine Halbtagschule in eine Ganztagschule umzubauen. Die Kostenberechnung dafür liegt bei 50 bis 55 Millionen Euro. Wenn man das nebeneinanderlegt, dann sind 38 Millionen Euro zwar nett und auch eine echte Hilfe, aber sie helfen uns natürlich nicht ausreichend. Selbstverständlich sind ein Neubau und eine Generalsanierung nicht der Standard. So haben wir einige Ganztagsgrundschulen, wo wir nur eine Mensa und ein paar Differenzierungsräume dazu bauen müssen. Dort sind die Summen dann natürlich niedriger. Aber

wir haben 34 Grundschulen. Wenn wir Glück haben und das Startchancen-Programm es zulässt, können wir zwei oder drei dadurch zur Ganztageschule ausbauen. Wir haben bis heute allerdings keine absolute Klarheit darüber, was wir mit den Geldern in Baden-Württemberg machen dürfen. Was gut ist: Die Landesebene, also das staatliche Schulamt, und wir als Kommune in der Funktion als Schulträger führen gemeinsam mit jeder einzelnen Schule Gespräche, nehmen deren Wünsche auf und besprechen dann, wie wir uns zur Säule I trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten zwischen Schulamt und Kommune verständigen wollen. Diese Zusammenarbeit läuft sehr gut. Von daher ist das Startchancen-Programm eine Hilfe. Aber die Dimension der Herausforderungen, die wir haben, ist natürlich sehr groß.

Felthaus (Leipzig): Das Startchancen-Programm hilft uns nur bedingt, weil das Land Sachsen die Schulauswahl aufgrund von Kriterien getroffen hat, die wir auf Basis unserer kleinräumigen Planungsprozesse und der integrierten Jugendhilfeplanung an manchen Stellen anders getroffen hätten. Dort, wo die Auswahl nicht funktioniert, liegt es tatsächlich am Sanierungsbedarf. Da sind Schulen dabei, die die Investitionsmittel nicht brauchen. Das ist sehr schade. Außerdem wird der Freistaat Sachsen – ich empfinde es als ein wenig überreguliert – eine eigene Richtlinie erstellen, wie wir die Mittel des Startchancen-Programms verwenden können. Und was wir damit nicht angehen können, ist tatsächlich die Komplexsanierung. Das ist vor dem Hintergrund unseres in Teilen dringend sanierungsbedürftigen Gebäudebestandes bedauerlich. Unsere Erfahrungen sind aber auch ähnlich wie in Mannheim. Eine Plattenbausanierung kostet mittlerweile 30 Millionen Euro. Zuletzt haben wir ein fünfzügiges Gymnasium für 73 Millionen Euro gebaut. Vom Startchancen-Programm kann man nur Strukturen in der Schule verbessern. Ich bin aber vielmehr darauf gespannt, wie die Säulen des Startchancen-Programms ineinandergreifen. Investiv bin ich mittelbegeistert, aber Geld ist Geld und wir lassen es natürlich nicht liegen.

Nienaber-Willaredt (Dortmund): In Nordrhein-Westfalen war es ähnlich. Die oberste Landesbehörde hat die Schulen ausgewählt. Insgesamt wurden 52 Dortmunder Schulen in das Startchancen-Programm aufgenommen. Und wir sehen, dass wir ähnlich ausgewählt hätten. Allerdings ist es so, dass wir in den Quartieren, in denen Kinder besonders benachteiligt sind und in denen auch besonders viele Zuzüge stattfanden, bereits neue Schulen gebaut haben. Das heißt, die Schulen brauchen keine zusätzlichen baulichen Investitionen mehr. Wir bekommen ungefähr 80 Millionen Euro. Nichtsdestotrotz ist das mit Blick auf insgesamt 155 Schulen, die zum Teil sehr sanierungsbedürftig sind, nicht so viel. Wir befinden uns also in einer ähnlichen Situation, wie sie die Kollegin gerade für Leipzig dargestellt hat. Es ist in Nordrhein-Westfalen auch nicht angedacht, dass wir damit ganze Schulen sanieren. Sondern die Idee in Nordrhein-Westfalen ist, dass jede Schule davon profitieren soll. Trotz der Kritik ist das Startchancen-Programm für uns eine große Hilfe. Wir sind zusammen mit dem Land, also mit der Schulaufsicht, mit der die Zusammenarbeit auch im Rahmen des Startchancen-Programms sehr gut gewachsen ist – das möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen –, an die Schulen gegangen und haben gemeinsam Zielvereinbarungen zu den Säulen I und II des Startchancen-Programms abgeschlossen [Anm. DDS: Säule II – Chancenbudgets für bedarfsgerechte Lösungen in der Schul- und Unterrichtsentwicklung]. Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Es geht um eine Verknüpfung der Säulen. Der Raum ist der dritte Pädagoge, der auch das Lernen befördern soll. Im Rahmen der Gespräche zu den Zielvereinbarungen

war es interessant zu hören, was für die Schulen wichtig ist. Zum Beispiel die Schulhofgestaltung oder Arbeitsräume, in denen Kinder selbstständig lernen, oder Arbeitsplätze für multiprofessionelle Teams im Zusammenhang mit Säule III des Startchancen-Programms [Anm. DDS: Säule III – Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams] und natürlich auch der Ganztageserschulungsbau, wofür wir auch Investitionsmittel bekommen haben. Wir versuchen die unterschiedlichen Programme miteinander zu verknüpfen. Aber das ist natürlich sehr komplex und bedeutet eben auch, dass wir sehr, sehr eng zusammenarbeiten und dafür auch innerhalb der Verwaltung noch einmal ganz andere Strukturen entwickeln müssen, damit das in dieser Zeit auch gelingt. Denn zehn Jahre sind gerade für Bauprojekte nicht besonders lange, wenn man weiß, wie lange das Bauen normalerweise in der Kommune dauert. Dann beginnt man in der Kommune zu priorisieren. Selbst wenn wir das Geld haben, fehlt uns häufig das Personal, auch wenn wir mit Generalunternehmern arbeiten.

Grunert (Mannheim): Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal klarstellen: Bei uns wird auch in Säule I jede Schule etwas bekommen. Wir werden an jeder Schule eine Verbesserung vornehmen. Denn hier ist ganz klar festgelegt: Die Gelder, die anhand der Schulen berechnet wurden, müssen nicht genau für diese Schulen ausgegeben werden, sondern das kann der Schulträger priorisieren. Das ergibt auch Sinn. Wir haben insgesamt eine sehr gute, sozialadäquate Auswahl der Schulen durch das Land. Aber es sind natürlich auch Schulen darunter, die wir schon angegangen sind. Und für die würden wir nur noch kleinere bauliche Maßnahmen vornehmen und dafür die Mittel an andere Schulen geben, wo mitunter der Ganztage an fehlenden Differenzierungsräumen oder an einer Mensa scheitert. Unser Ziel wäre, hierdurch den qualitativen Sprung nach oben zu machen, um dort einen verbindlichen rhythmisierten Ganztage zu ermöglichen. Wir schauen, ob das machbar ist.

DDS: Frau Felthaus hat es schon angesprochen. In Leipzig ist es eher eine jüngere Entwicklung, dass man eine Entmischung der Wohngebiete beobachten kann. Gerade in Gebieten wie Grünau oder Paunsdorf und in anderen alten Plattenbaugebieten ist zum einen ein sehr starker Anstieg von Migrantenteilen zu erkennen. Zum anderen gibt es eine Spaltung in Arm und Reich. In Mannheim und Dortmund kennt man diese Entwicklung schon viel länger. Was uns unabhängig vom Startchancen-Programm interessiert: Was macht man als Kommune, um sozialen Ungleichheiten zwischen Schulen entgegenzuwirken? Was sind Handlungsoptionen? Welche Erfahrungen haben Sie in der Vergangenheit gemacht und welche Wege beschreiten Sie aktuell?

Grunert (Mannheim): In Mannheim haben wir für alle Schulen auch denselben Weg wie das Land Nordrhein-Westfalen mit seinem Schulsozialindex gewählt. Wir versuchen bei all unseren Programmen eine sozial orientierte Steuerung auf Basis unseres städtischen Sozialindex umzusetzen. Das heißt, mit Hilfe des Sozialindex, der die sozialen Herausforderungen eines Quartiers kennzeichnet, werden Ressourcen ungleichmäßig verteilt, weil auch die Chancen und die Herausforderungen von Familien ungleich verteilt sind. Wir wollen hier also ausgleichen. Und das machen wir schon seit einigen Jahren. Zum Beispiel orientiert sich der Umfang der Schulsozialarbeit daran, in welchem Sozialraum die Schule liegt oder aus welchem Sozialraum die Schüler kommen. Wir setzen aber nicht nur bei den Schulen an, sondern auch schon im frühkindlichen Bereich. So entwickeln wir zum Beispiel Kitas zu sogenannten Familien-Kitas weiter. Das heißt, Kitas in Sozialräumen

mit den größten sozialen Herausforderungen bekommen so etwas wie Kindergartensozialarbeit. Die Kitas erhalten im Rahmen einer halben Stelle eine Ansprechperson, an die sich Eltern mit allen Fragen wenden können, die sie so haben. Zum Beispiel Fragen wie: „Ich habe hier einen Schrieb von den Behörden. Ich weiß nicht, was die mir sagen wollen. Können Sie mir weiterhelfen? Wie bekomme ich für mein Kind einen Kinderarzttermin?“

DDS: Wenn ich Sie richtig verstehe, ist die damit verbundene Zielgröße aber eher Lebenshilfe anstatt Kompetenzförderung, wie sie etwa mit dem Startchancen-Programm verfolgt wird. Richtig?

Grunert (Mannheim): Das unterscheidet sich je nachdem, wo wir ansetzen. Es geht immer darum, Kinder und Familien zu stärken. Aber wie der Ansatz genau aussieht, hängt einfach davon ab, um was es gerade geht.

Felthaus (Leipzig): Wir gehen ähnlich vor. Wir haben eine integrierte Kinder- und Jugendhilfeplanung, die wir gerade fortschreiben. Das heißt, wir haben die ganze Stadt angeschaut, sie in Planungsräume aufgeteilt und zum Teil auch stadtweite Angebote geplant. Und in den Planungsräumen schauen wir sehr kleinräumig auf sogenannte Schwerpunkträume. Das geht zurück auf unser integriertes Stadtentwicklungskonzept. Da haben wir alle Angebote miteinander geplant. Und uns auch vorgenommen, wie wir in den Sozialräumen vorgehen wollen. Also: Wo brauchen wir noch offene Freizeittreffs? Wo soll die Kita zu einem Kinder- und Familienzentrum weiterentwickelt werden? Wir haben die Kinder- und Familienzentren schon länger. Wir haben auch 36 Standorte mit Kitasozialarbeit und wir haben die Schulsozialarbeit ausgebaut. Und jetzt schreiben wir die Kinder- und Jugendhilfeplanung fort, weil sich die städtischen Räume sehr verändert haben. Da ich durch meinen ersten Beruf fachlich selbst aus der Ecke komme, muss ich aber Folgendes sagen: Vor 20 Jahren hätte ich gesagt, wenn eine Stadt so viel Sozialarbeit hat und so sozialräumlich plant, dann wird alles gut. Und jetzt, wo ich dafür verantwortlich bin und wir eine Armada an Sozialarbeitenden haben, muss ich leider sagen: Das stimmt nicht. Das ist nicht richtig. Ich wüsste zwar jetzt auch nicht, wie es ohne wäre. Aber ich habe keine Lust mehr, überall, wo es ein Problem gibt, ständig mehr soziale Arbeit einzusetzen. Das ist nicht der richtige Weg. Ich bin nicht mehr davon überzeugt, muss ich Ihnen ehrlich sagen, so sehr ich grundsätzlich unsere integrierte sozialräumliche Planung für richtig halte. Sie haben Grünau angesprochen. In Grünau haben wir die höchste Dichte an Hilfen zur Erziehung. Über 40 Prozent der Kinder kommen aus migrantischen Haushalten. Das ist allein nichts Schlechtes. Aber so viele hoch- und niedrigschwellige Angebote, die wir dort haben, haben wir nirgendwo anders. Und trotzdem wird es nicht besser. Vor allem zwei Themen bereiten mir wirklich Kopfschmerzen: Zum einen die Elternverantwortung, zum anderen die Stärkung unserer Kernsysteme. Ich will nicht noch mehr Menschen in multiprofessionelle Teams stecken, wenn ich eigentlich zu wenig Lehrer habe. Ich will nicht noch länger über frühkindliche Bildung reden, wenn wir nicht in der Lage sind, die Betreuungsschlüssel in der Kita zu verbessern. Da hilft mir auch das Kinder- und Familienzentrum nichts. Ich möchte, dass die Fachkräfte in Kitas und Schulen, die ich dort einsetze, auch mit den Kindern arbeiten können. An dem Punkt sind wir nicht. Bei uns fällt so viel Unterricht aus, vor allem in den Oberschulen [Anm. DDS: nicht-gymnasiale Sekundarschulform in Sachsen]. Wenn wir dort mal in einer anderen Situation wären, würden wir vielleicht auch diese ganzen Assistenzsysteme außenherum nicht brauchen. Wir haben unseren Inklusionsanteil in den Schulen auf 60 Prozent erhöht. Das heißt, 60 Prozent der

Kinder, die eigentlich in die Förderschule gehen würden, gehen bei uns jetzt in die Regelschulen. Ich brauche da ein starkes Kernsystem und nicht noch mehr Sozialarbeit. Das ist eine steile These. Aber das ist das, worüber wir jetzt auch nachdenken: Wie wirkungsvoll sind diese Hilfen eigentlich, obwohl wir sie sozialräumlich verteilen? Das hat nicht das erfüllt, was wir uns erhofft haben.

Nienaber-Willaredt (Dortmund): Wir haben in Dortmund auch eine bedarfsorientierte Ressourcensteuerung in ganz vielen Projekten. Die Projekte zahlen immer indirekt auch auf die Kompetenzen ein, die nun im Startchancen-Programm die zentrale Zielgröße sind, aber eben immer nur indirekt. Ich gebe einmal ein paar Beispiele: Wir haben in Dortmund allein 106 kommunal finanzierte Stellen der Schulsozialarbeit an 155 Schulen. Und da sind die Landesstellen noch nicht mit eingerechnet. Wir haben noch nicht alle Schulen ausgestattet. Ich rede viel mit Lehrkräften und bin selbst einmal Lehrerin gewesen und kann daher die Position von Frau Felthaus sehr gut nachvollziehen. Das ist auch das, was die Schulen immer sagen: „Gebt uns Lehrkräfte. Wir brauchen ganz dringend Lehrkräfte“. Unsere Schulen sagen aber auch: „Gebt uns auch Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter, damit wir unterrichten können“. Wir haben so viele Probleme in den Schulen und wir brauchen auch Fachleute, die etwa zu den Hilfesystemen eine Brücke schlagen können. Die Schulsozialarbeit versuchen wir möglichst bedarfsorientiert zu verteilen. Anhand von Daten, die uns unser Bildungsmonitoring zur Verfügung stellt, gelingt uns das natürlich noch viel besser. Im Rahmen unserer integrierten Bildungs- und Jugendhilfeplanung sehen wir, dass die Kinder auch etwas zu essen brauchen. Daher haben wir jetzt angefangen, die Frühstücksangebote auf alle Schulen mit Schulsozialindexstufe sechs bis neun auszuweiten. Das heißt, wir wollen, dass die Kinder in diesen Schulen erst einmal ein Frühstück bekommen. Das zahlt zum einen auf die Gesundheit ein. Zum anderen zahlt es auch auf die Lernleistung der Kinder ein, denn ein leerer Magen lernt schlecht oder gar nicht. Dann arbeiten wir auch im Bereich Übergang Schule-Arbeitswelt mit Hilfe der gezielten Ressourcensteuerung. Da wo Jugendlichen der Einstieg besonders schwerfällt, der Unterstützungsbedarf also sehr hoch ist, binden wir etwa Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen schon in der achten Klasse an Firmen, damit die Möglichkeit besteht, dass sie den Übergang in das System der dualen Berufsausbildung schaffen. Wir haben etwa auch ein Roma-Projekt, das wir gut evaluiert haben. Das Projekt hat zum Ziel, Menschen aus der Community in die Schule reinzuholen, um wirkungsvolle Brücken zu bauen. Bei ganz vielen dieser Projekte geht es auch darum, die Eltern zu aktivieren und sie mit ins Boot zu holen. Wir bieten also eine Vielzahl an Unterstützungsangeboten an und wollen zunehmend die Wirkung in den Blick nehmen, um genau zu erfassen, was sich positiv auswirkt und wo wir nachsteuern müssen.

DDS: *Frau Felthaus hat eben zu Recht darauf hingewiesen, dass sich kontrafaktisch nicht genau sagen lässt, wie die Situation in Leipzig oder Grünau wäre, wenn es dort keine Sozialarbeit gäbe. Die Frage nach den Wirkungen von Programmen war auch wiederholt Thema in unseren Gesprächen mit anderen Kommunen und sie tauchte auch im Rahmen unserer Recherchen zu bildungsbezogenen Herausforderungen und Anstrengungen von Kommunen immer wieder auf. Unser Eindruck ist dabei, dass die wirkliche Wirkung einzelner Programme zwar politisch immer angenommen und dann in Bildungsberichten auch gerne verkündet wird, sich aber wirkliche Belege nur selten finden lassen. Daher die Frage: Ist eine Kommune überhaupt ansatzweise in der Lage, die Wirkung einzelner Programme richtig einzuschätzen?*

Felthaus (Leipzig): Dieses Problem mit dem Nachweis der Wirksamkeit, den hat etwa die soziale Arbeit seit Beginn an. Und alle Versuche, sich anzusehen, welches Jugendhilfeangebot wirksam ist, sind nur eine Annäherung. Dazu wünsche ich mir auch deutlich mehr Forschung. Da gibt es einfach zu wenig. Aber wir versuchen uns dem Thema zu nähern. Durch die schwerpunktbezogene Maßnahmenplanung und zumindest anhand von quantitativen Zahlen können wir prüfen: Wen erreichen wir denn eigentlich? Wer kommt in unsere offenen Angebote? Wer nutzt die Jugendkulturarbeit? Von wem wird der Schulsozialarbeiter eigentlich angesprochen? Wie lange dauert eine Hilfe? Darüber hinaus müssen wir die Adressaten fragen und da mangelt es. Wir haben eine repräsentative Jugendbefragung bei den 12- bis 17-jährigen durchgeführt. Die Ergebnisse haben in unserer Jugendhilfelandchaft für unglaublich viel Widerspruch gesorgt. Die Jugendlichen wurden gefragt, wo sie in ihrer Freizeit hingehen und ob sie unsere offenen Freizeittreffs kennen und nutzen. Nur sieben Prozent nutzen unser Angebot der offenen Freizeittreffs und dafür geben wir sehr viel Geld aus; 13 Millionen Euro im Jahr. Zudem ist das Angebot nur wenigen Jugendlichen bekannt. Die jungen Menschen haben sich verändert und wir sind da mit unseren Konzepten nicht schnell genug hinterhergekommen. Und wenn man wirklich einmal hinhört und Dinge hört, die man eigentlich verändern müsste, dann erwarte ich Veränderungsbereitschaft. Und die sehe ich nicht. Wir sollten die Kinder fragen, was ihnen hilft.

Nienaber-Willaredt (Dortmund): Wir haben großes Interesse daran, Evaluationen durchzuführen. Aber wenn wir Projekte haben, dann ist es in der Regel so, dass kein Geld, keine Kraft und Kapazitäten mehr für Evaluierungen vorhanden sind. Projekte finden in den Kommunen ja auf der Grundlage von politischen Beschlüssen statt. Und die Politik wie auch Stiftungen wollen, dass die Projekte bei den Kindern und Jugendlichen direkt ankommen. Aber die möchten nicht, dass das Geld auch in die Evaluation reinfließt. Das ist häufig die Schwierigkeit. Es gibt kaum ein Bewusstsein dafür, dass man eigentlich noch einmal wesentlich genauer hinschauen muss und dass die Kommune dafür Geld braucht. Und wenn ich die Wahl habe, stecke ich das Geld lieber in Maßnahmen, von denen ich überzeugt bin, als in deren Evaluation. Dazu ein Beispiel: Wir haben ein Projekt, das heißt *Lernen neu denken*. In dem Projekt geht es darum, die Klassen zu teilen, um den Kindern in kleineren Klassen Sprachgelegenheiten zu geben. Unterstützt werden wir dabei von vielen Studierenden. Die eine Hälfte der Klasse geht dabei raus in die Natur. Also dorthin, wo die Kinder sonst nie sind, weil sie sich ansonsten nur zwischen Discounter, zu Hause und Schule bewegen. Und die Kinder sammeln da die ersten Walderfahrungen. Sie gehen auch auf den Bauernhof. Sie haben dann Gesprächsanlässe. Anhand der Aussagen der Verantwortlichen erkennen wir, dass dieses Projekt eine hohe Wirksamkeit hat. Die Studierenden und vor allem die Lehrkräfte sagen uns, dass dies das erste Programm sei, bei dem sie das Gefühl haben, dass die Kinder tatsächlich mehr lernen, schneller lernen und besser sprechen lernen. Aber das sind dann qualitative Aussagen.

Grunert (Mannheim): Ich bin beim Thema Evaluation ein wenig hin- und hergerissen. Wir haben als Kommune in den vergangenen Jahren sehr viel evaluiert. Wir haben uns sehr viele Zielsysteme gegeben, die wir regelmäßig geprüft und fortgeschrieben haben. Wir haben da auch sehr viele Ressourcen reingesteckt, unter anderem Personalressourcen. Und ein Teil davon war bestimmt sinnvoll. Aber wir haben einfach auch zu viel gemacht. Die Frage ist, was wir vor Ort tatsächlich messen und beurteilen können. Wir haben als Stadt alle zwei Jahre hochwertige, umfassende Bildungsberichte erstellt. Da

frage ich mich aber schon: Was wollen wir denn nach zwei Jahren anderes gemessen haben als zwei Jahre zuvor? Welche unmittelbare Wirkung wollen wir denn von welchem Programm in den zwei Jahren festgestellt haben? Bei neuartigen und sehr individuellen Maßnahmen müssen wir natürlich prüfen, ob sie helfen. Aber bei grundlegenden, weit verbreiteten Maßnahmen würde ich als Stadt keine zusätzliche Evaluation durchführen. Zum Beispiel: Hilft Schulsozialarbeit grundsätzlich? Ja oder nein? Da muss ich mich einfach auf den vorliegenden Stand der Forschung verlassen. Ich muss mich aber fragen, ob die Maßnahme zu der jeweiligen Situation vor Ort passt.

DDS: *Kurze Anschlussfrage dazu: Wünschen Sie sich eigentlich seitens der Länder mehr Unterstützung, was die Datenbereitstellung angeht? Oftmals gibt es aus Kommunen die Rückmeldung, dass sie überhaupt keine Ahnung haben, wie an den Schulen die Personalsituation ganz genau aussieht, weil allein die Daten zur Unterrichtsabdeckung und dergleichen nicht veröffentlicht werden. Mit den Vergleichsarbeiten könnte man auch etwas über die Kompetenzentwicklung in den Schulen einer Stadt sagen und das dann auch als ein Kriterium heranziehen. Halten Sie die Bereitstellung von Daten für eine notwendige Voraussetzung, um Rückschlüsse auf die Wirksamkeit Ihrer Programme ziehen zu können?*

Grunert (Mannheim): Ja, ich wünsche mir mehr Daten. Aber wir müssen diesbezüglich etwas am Datenschutz ändern. Ich wünsche mir eine Datenerhebung entlang der Bildungsbiografie. Aktuell bricht die Datenerhebung immer ab. Sie bricht etwa nach der Kita ab, dann bricht sie nach der Grundschule ab, und so weiter. Aber ganz viele Maßnahmen zeigen ihre Wirkung vielleicht auch erst deutlich später. So können sich Erfolge der Sprachförderung in der Kita eventuell erst in der Grundschule zeigen. Wir sollten also in der Lage sein, mit Hilfe von Daten bildungsbiografisch begleitend zu schauen, was aus den Kindern wird, gerne auch unter strengen Auflagen des Datenschutzes. Das wäre etwas, worüber wir als Gesellschaft diskutieren müssen.

Felthaus (Leipzig): Mir mangelt es zum Teil nicht an Daten. Also wir wissen, was die Lehrerversorgung betrifft, eigentlich ziemlich genau, was bei uns sozialräumlich so los ist. Wir haben einen guten Kontakt zu unserem Landesschulamt. Wir haben untereinander auch einen Datenabgleich. Da ist unser Kultusministerium doch relativ transparent. Probleme sehe ich an anderen Stellen der Zusammenarbeit, etwa im Ganztag. Die Erzieherinnen und Erzieher sind bei uns angestellt. In meinem Bereich sind 900 Horterzieherinnen beschäftigt und wir kämpfen darum – ich formuliere das mal so –, mit dem Vormittag zusammenwachsen zu dürfen. In einigen Schulen funktioniert das. Da entwickeln wir einen rhythmisierten Ganztag. In den anderen Schulen funktioniert das nicht. Wenn die Schulleitung sagt, sie möchte das nicht, ist es extrem mühsam. Ich wünsche mir tatsächlich manchmal, dass die Horterzieherinnen beim Land angestellt sind, sodass Schule und Hort besser zusammenwirken, obwohl dies dann auch kein Selbstläufer sein muss.

DDS: *Vor dem Hintergrund des bereits Besprochenen: Was erwarten Sie vom Startchancen-Programm? Welches Potenzial sehen Sie in dem Programm mit Blick auf die von Ihnen benannten Herausforderungen? Wie ist eine Verknüpfung möglich? Zudem an dieser Stelle auch gleich die Frage: Wie haben Schulen in Ihrer Stadt darauf reagiert, dass sie nicht für das Programm ausgewählt wurden, gleichwohl sie eigentlich auch in Betracht gekommen wären?*

Grunert (Mannheim): Die Länder dürfen eigene bereits laufende Maßnahmen auf das Startchancen-Programm anrechnen. Daher fragen wir uns, wieviel tatsächlich letztlich ankommt. So wird etwa in Baden-Württemberg die landesseitige Finanzierung für die pädagogische Assistenz einer Schule zukünftig angerechnet und das Geld dafür wird vom Startchancen-Programm abgezogen. Und dann kommen teilweise nur noch Beträge raus, die gar nicht so groß sind. Und da überlegen die Schulen natürlich genau, was sie damit machen können. Es ist aber noch im Werden und es ist ein wenig unklar, was an den Schulen tatsächlich konkret gemacht werden kann. Uns ist auch noch nicht klar, ob Schulsozialarbeit wirklich eingesetzt werden kann. Das Land Baden-Württemberg sagt zwar: „Ihr bekommt eine 100-Prozent-Finanzierung, das heißt ihr bekommt eine Vollkraftstelle im Umfang von 55.000 Euro.“ Wenn wir in den Tarifvertrag reinschauen, sind die Kosten inklusive Arbeitgeberanteil aber höher. Also entweder kofinanzieren wir als Stadt die Differenz mit Mitteln, die wir nicht haben, oder wir müssen leider Schulsozialarbeit ausschließen. Ich bin im Moment daher noch ein wenig skeptisch, was über die Säulen II und III des Startchancen-Programms tatsächlich erreicht werden kann. So frage ich mich, ob über die bestehenden Programme hinaus in relevantem Maße weitere Kompetenzen, wie etwa von Logopäden, Kinderkrankenschwestern oder von weiteren Expertinnen und Experten, deren Kompetenzen im Sozialraum benötigt werden, hinzugewonnen werden können. Meine große Hoffnung ist, dass da jetzt kein Bruch entsteht. Vielmehr hoffe ich, dass Etabliertes fortgesetzt und ausgebaut werden kann.

Felthaus (Leipzig): Ich hatte vorhin schon gesagt, dass das Land Sachsen bei der Schulauswahl eine etwas andere Auswahl getroffen hat, als wir sie getroffen hätten. Einige Schulen waren schon enttäuscht darüber, dass sie nicht berücksichtigt worden sind. Gleichzeitig gibt es aber noch viele Fragezeichen, was die tatsächliche Mittelverwendung betrifft. Ich finde es gut, wenn gesamtgesellschaftlich im Rahmen des Startchancen-Programms Mittel zum Abbau von verminderten Bildungschancen zur Verfügung gestellt werden. Wenn man aber darüber wirklich etwas erreichen will, müsste man deutlich mehr Geld zur Verfügung stellen. Nehmen wir etwa den Digitalpakt 1.0, der uns ermöglicht hat, mit den abgerufenen Fördermitteln in Höhe von 36 Millionen Euro alle unsere Schulen auszustatten. Das war ein Riesenschritt für uns. Da hat die Erwartung zur Aufgabe und zu den Fördermitteln besser gepasst. Beim Startchancen-Programm hat man jetzt alle Erwartungen reingepackt, die es gibt, und die wird man nicht erfüllen können. Vor allem nicht – und so wird es wahrscheinlich in Sachsen sein –, wenn man es am Ende den Schulen überlässt, wie man die Säulen II und III gestaltet. Und als Letztes: Ich hätte gerne einmal eine Definition von multiprofessionellen Teams, weil sie jetzt gerade ein wenig das Allheilmittel für alles sind. Ich bin absolut dafür, verschiedene Professionen einzusetzen, damit man den Kindern besser helfen kann. Aber ich würde schon gerne einmal wissen, was damit eigentlich gemeint ist. Denn ein Großteil der Kosten für multiprofessionelle Teams, so wie ich sie verstehe, wird mittlerweile durch die Kommunen getragen. Dazu gehören für mich etwa in Teilen die Sozialarbeit, die Schulbegleitung oder die Eingliederungshilfen. Wir liegen in der Stadt Leipzig etwa bei knapp 60 Millionen Euro Haushaltsansatz für Eingliederungshilfen. Ich wünsche mir daher, dass wir beim Thema multiprofessionelle Teams und darüber, wer sie mitfinanziert, damit sie funktionieren, ein paar andere Gespräche führen. Daran wird das Startchancen-Programm nichts ändern. Eher wird es das Durcheinander noch ein wenig vergrößern. Es wird auch die Ungerechtigkeit zwischen den Schulen vergrößern, weil wir am Ende diese multiprofessionellen Teams an

allen Schulen haben wollen. Losgelöst davon habe ich mich sehr gefreut, als es angekündigt wurde. Jetzt bin ich gespannt darauf, welche Wirksamkeit es entfalten wird.

Nienaber-Willaredt (Dortmund): Ich setze in das Startchancen-Programm schon Hoffnungen, auch wenn das Geld nicht alles heilt. Es geht darum, dass wir als Schulträger noch einmal gemeinsam mit der Schulaufsicht und den Schulen auf die Steuerungsstrukturen schauen. Denn wir haben in Nordrhein-Westfalen schon eine lange Tradition der Verantwortungsgemeinschaft. Das heißt, im Rahmen der sogenannten erweiterten Schulträgerschaft können, wollen und sollen wir uns als Stadt mit den schulischen Angelegenheiten beschäftigen. Ich erhoffe mir, dass hier jetzt die Chance besteht, einmal das Kind in den Mittelpunkt zu stellen und nicht immer von unserem System aus zu denken. Mit diesem Perspektivwechsel wollen wir unsere Aufmerksamkeit auf die Bedarfe der Kinder richten und die Systeme daraufhin ausbauen. Am Ende erhoffe ich mir etwa für Dortmund eine höhere Anzahl von Kindern, die ins duale System einmünden. In diesem Zusammenhang sehe ich auch die große Chance, dass die Jugendhilfe an die Schulen geht, wo sie gebraucht wird. Oder, dass die Gesundheitsförderung an die Schulen kommt. Denn die Kinder brauchen erst einmal ein Setting, um überhaupt lernen zu können. Und wir haben viele Sozialräume, in denen das fehlt. Wir wollen dazu in Dortmund etwa das Jugendamt und das Gesundheitsamt mit hinzuziehen, um noch kleinräumiger als bisher die Familien und Kinder anzusprechen. Mit Blick auf das Startchancen-Programm gehen wir jetzt so vor, dass wir als Schulträger die Schulaufsicht und die Schulen gemeinsam beraten, was in die Zielvereinbarung zum Startchancen-Programm aufgenommen werden soll. Hierfür haben wir in Dortmund auch große Auftaktveranstaltungen organisiert. Diese dienen dazu, den Blick der Schulen zu weiten und um deutlich zu machen, dass die Schulen nicht alles selbst entscheiden, sondern wir alle gemeinsam darauf schauen. Die übergeordnete Frage war dabei: Was hat denn eine Wirkung? Diese Frage ist, und das finde ich besonders gut, auch Teil der Zielvereinbarungen. Sehr wichtig sind mir bei alledem die Schulen, die nicht Teil des Startchancen-Programms sind. Wir müssen sicherstellen, dass wir die anderen Schulen auch in dem Prozess mitnehmen. Sowohl der Schulaufsicht als auch uns als Schulträger ist es ein großes Anliegen, dass diese Schulen nicht das Gefühl haben, Schulen zweiter Klasse zu sein.

DDS: Frau Nienaber-Willaredt hat für Dortmund den Stellenwert der erweiterten Schulträgerschaft hervorgehoben. Auch in Analysen zur Struktur des deutschen Schulsystems wird immer wieder hervorgehoben, dass es in Kommunen, in denen im Rahmen der sogenannten erweiterten Schulträgerträgerschaft sowohl die Schulverantwortlichen der Kommune und des Landes als auch auf kommunaler Ebene die Verantwortlichen für Jugendhilfe und Schule stärker zusammenarbeiten, insgesamt besser laufen würde. Wie sieht die Situation in Leipzig und Mannheim aus? Wie ist das Miteinander der unterschiedlichen Ebenen?

Felthaus (Leipzig): Das läuft bei uns tatsächlich ein wenig anders. Da wird schon sehr klar unterschieden, wer für was zuständig ist. Unser letzter Kultusminister hat einen Prozess mit dem Namen *Bildungsland 2030* angestoßen. Es wurde eine breite Beteiligung zugelassen und die Ergebnisse sind okay. Wir haben jetzt vier Strukturebenen, an denen gearbeitet wird. Aber partnerschaftlich ist das selten. Wir werden immer beim Thema Schulbau gefragt und da kommen wir mit unserer zuständigen Mittelbehörde gut zurecht. Wir haben uns aber beim Thema Gemeinschaftsschule sehr verhakt. Das ist in Sachsen damals eingeführt worden und von einem großen Teil der Koalition damals gar nicht gewollt

gewesen, so dass man es auch per Schulgesetz sehr erschwert hat, Gemeinschaftsschulen aufzubauen. Als wir dann im Rahmen unserer per Schulgesetz vorgesehenen Zuständigkeit angefangen haben, das Schulkonzept selbst zu entwickeln und die Schulentwicklung vorzubereiten, war das nicht einfach und auch nicht partnerschaftlich. Wir bauen jetzt die Schule. In ihr kann man dann in Lernhäusern jahrgangsübergreifend lernen. Sie wird sehr groß und wunderbar werden, und ich freue mich sehr darauf. Das wird von Landesseite anders gesehen. Wir sollen uns tunlichst nicht einmischen. Beim Thema Digitalisierung war das auch schwierig. Der ganze Digitalpakt war so aufgebaut, dass wir eigentlich den dritten Schritt vor dem ersten und zweiten Schritt machen. Wir haben Geräte beschafft, ohne zu wissen, aufgrund welcher pädagogischen Vorgaben man die eigentlich einsetzen will. Auch das ist bei uns ausbaufähig. Da schaue ich also mit großen Augen zu Ihnen nach Dortmund. Ich wünsche mir, dass wir uns mit dem Startchancen-Programm dahin bewegen.

Grunert (Mannheim): Bei uns in Mannheim läuft die Zusammenarbeit zwischen staatlichem Schulamt des Landes und der Kommune als Schulträger schon seit einiger Zeit sehr gut. Wir stimmen uns konsequent ab, auch bei Themen, die formal sehr klar nur bei einem Partner liegen. Das funktioniert aufgrund des Kooperationswillens der betroffenen Leitungspersonen und sehr ähnlichen bildungspolitischen Vorstellungen. Das war in der Vergangenheit durchaus aber auch schon anders. Strukturell ist eine Zusammenarbeit nur begrenzt vorgesehen, es hängt an Personen.

DDS: Ist aus Ihrer Sicht die bedarfsorientierte Mittelausstattung von Schulen, der nun auch durch das Startchancen-Programm eine große Bedeutung zugesprochen wird, ein wirkungsvolles Mittel zur Herbeiführung gleicher Bildungschancen? Oder werden hierbei die Möglichkeiten von Schule und Kommune völlig überschätzt?

Felthaus (Leipzig): Ich habe vorhin einen starken Aufschlag zum Thema sozialorientierte Ressourcensteuerung gemacht. Dieser Ansatz stößt für mich aber an seine Grenzen, weil auch die anderen Schulen Kinder mit Herausforderungen haben, auch wenn es da nicht die auffälligen sozialen Marker gibt. Man muss auf jeden Fall Ungleiches ungleich behandeln, aber man darf dabei die anderen nicht vergessen. Zum Beispiel stand an unseren Gymnasien in der Zeit nach Corona die Ampel auf Rot. Sie brauchten Schulsozialarbeit. Es sind unglaublich viele junge Menschen, vor allem im Teenageralter, verloren gegangen, etwa in sozialen Medien. Und das, obwohl sie schlau sind und Elternhäuser haben, die bemüht sind. Aber in der Schule hat es nicht mehr funktioniert. Vor allem die Mädchen haben wirkliche Schäden davongetragen. Auch in unserer Jugendbefragung war die Verunsicherung von Mädchen ein Riesensmarker. Die Lebenszufriedenheit hat sich bei ihnen halbiert. Das sind heftige Befunde, was die psychische Gesundheit betrifft. Insofern ist es eigentlich geboten, nicht nur dorthin zu schauen, wo es ganz schlimm ist, um so ein bisschen Feuerwehr zu spielen. Und das ist auch mein Problem mit dem Startchancen-Programm. Es wird sich auf Regionen und Schulen mit besonderen Herausforderungen konzentriert. Es muss aber das gesamte Schulsystem von einem besseren Unterricht und besseren Lehrkräften profitieren können. Denn auch Kinder an vermeintlich guten Schulen können abrutschen, eine Krankheit bekommen oder im familiären Umfeld Probleme entwickeln. Ich bin bei dem Thema nicht entschieden. Die bedarfsorientierte Ressourcenallokation ist ein wichtiges Thema und die Mittelverteilung nach der Gießkanne ist auch nicht richtig. Aber man muss das große Ganze im Blick haben und dem Bildungsbereich

eine viel größere Bedeutung beimessen. Frau Nienaber-Willaredt, Sie haben vorhin etwas zum Thema Elternverantwortung und Essen in der Schule gesagt. Wir bekommen dazu sehr viele Problemanzeigen. Es erschüttert mich ernsthaft, was für ein riesiges Problem es ist, dass Eltern damit überfordert sind, ihren Kindern etwas zu essen zu geben. Das finde ich unglaublich und die Erwartungshaltung an die Schule in dieser Hinsicht ist zu groß. Wir können am Montagmorgen nicht alles korrigieren, was am Wochenende schiefgelaufen ist. Das ist zu viel und geht in keiner Kita und in keiner Schule.

***DDS:** Kann man das irgendwie quantifizieren? Es ist klar, dass solche Fälle immer wieder auftauchen: Aber wie groß ist das Problem, dass Kinder ohne Frühstück in die Schule gehen. Oder beschränkt es sich auf bestimmte Standorte, wo das extrem stark auffällt und dann gemeldet wird?*

Nienaber-Willaredt (Dortmund): Wir wissen, dass es ein sehr großes Problem ist. Deswegen bieten wir in Dortmund an bestimmten Schulstandorten auch ein Frühstück an. Der Grund dafür ist skandalös, aber es ist so, wie es ist. Und wenn es die Eltern nicht leisten können, dann müssen wir es leisten. Und Sie haben gerade danach gefragt, ob eine Überforderung von Schulen und Kommunen vorliegt. Das Startchancen-Programm wird all das nicht grundlegend ändern können. Durch das Startchancen-Programm schauen wir jedoch genauer auf die sozialen Herausforderungen der Kinder. Allerdings dürfen wir dabei nicht die anderen Schulen aus dem Blick verlieren. Daher braucht es auf Landes- und Bundesebene den großen politischen Willen, über das wichtige Startchancen-Programm hinaus zu gehen.

Grunert (Mannheim): Auch bei uns ist Frühstück ein Thema, hier gibt es einen klaren Zusammenhang mit dem Sozialindex der Stadtteile. Wir arbeiten daher mit dem Verein Brotzeit e. V. zusammen, um Kindern ein Frühstück zu ermöglichen, welches sie zuhause nicht erhalten. Für uns ist das Startchancen-Programm ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen aber insgesamt stärker sozialindiziert steuern. Das heißt nicht, dass es in besseren Sozialräumen keine spezielle Förderung gibt. Wir sind dabei, Schulsozialarbeit an jede Schule in Mannheim zu bringen, auch an das Gymnasium im bevorteilten Stadtviertel, aber in anderem Umfang als im Quartier mit größeren Herausforderungen. Was die Erwartungshaltung an Kita und Schule betrifft, kann ich Frau Felthaus nur zustimmen. Diese ist in den letzten Jahren massiv gewachsen und wächst immer weiter. Tatsächlich können Schule und Kita aber nicht alles übernehmen, was früher Familien geleistet haben. Wir müssen Familien befähigen, auch in diesen deutlich herausfordernden Zeiten wieder mehr Verantwortung zu übernehmen.

***DDS:** Vielen Dank für das Gespräch und Ihre Offenheit.*

Monika Nienaber-Willaredt, Dezernentin für Schule, Jugend und Familie der Stadt Dortmund.

E-Mail: dezernat4@stadtdo.de

Korrespondenzadresse: Stadt Dortmund, Dezernat 4: Schule, Jugend und Familie, Königswall 25–27, 44137 Dortmund

Vicki Felthaus, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Jugend, Schule und Demokratie der Stadt Leipzig.

E-Mail: dezernat7@leipzig.de

Korrespondenzadresse: Stadt Leipzig, Dezernat Jugend, Schule und Demokratie, Martin-Luther-Ring 4–6, 04109 Leipzig

Dirk Grunert, Bürgermeister für Bildung, Jugend und Gesundheit der Stadt Mannheim.

E-Mail: dirk.grunert@mannheim.de

Korrespondenzadresse: Stadt Mannheim – Dezernat III, Rathaus E 5, 68159 Mannheim

Marcel Helbig, Prof. Dr., Arbeitsbereichsleiter für Strukturen und Systeme am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe.

E-Mail: marcel.helbig@lifbi.de

Norbert Sendzik, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Leibniz-Institut für Bildungsverläufe.

E-Mail: norbert.sendzik@lifbi.de

Korrespondenzadresse: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, Wilhelmsplatz 3, 96047 Bamberg